



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

D., R.: Karl Schurz über die amerikanische Präsidentenwahl.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sondern conventionell im schlimmsten Sinne des Wortes ist, Veranlassung und Vorwand genommen werden soll, uns wiederum in die Auffassungen des Jahrzehnts zwischen 1830 und 1840 zurückzuschleudern, wenn die Trompetenfanfaren, mit denen einst Theodor Mundt die Unzulänglichkeit Goethes verkündet, um dafür die Zulänglichkeit der Jungdeutschen zu preisen, aufs neue erklingen sollen, so ist es schon jetzt an der Zeit, sich dagegen zu verwahren. Daß uns ein gutes Stück Idealismus noththut, gewaltig noththut, wer leugnet es? Aber wenn in götterloser Zeit die Thaumaturgen von allen Seiten kommen und ihre Idole darbieten, sollen wir uns wohl vorsehen, ehe wir niederfallen und anbeten. Sünden wir uns davor, mit der Fischerin des Märchens wieder im Bot anzulangen. Es wäre ein schlimmer Tausch für die deutsche Literatur, wenn die Periode geistlosen Schwindels und trivialer Frivolität von nichts Besserem abgelöst werden sollte, als von einer Periode eitler Gedankenspiellerei, die sich geistreich, und lebloser, unfruchtbarer Reflexion, die sich „Idealismus“ nennt.

Karl Schurz über die amerikanische Präsidentenwahl.

Die Reden, mit welchen wichtige nationale Wahlkämpfe in den Vereinigten Staaten eröffnet worden, sind stets von hoher Bedeutung. Das amerikanische Volk erwartet von ihnen, daß alle Hauptfragen, welche bei der vorzunehmenden Wahl zur Discussion stehen, in ihren Grundzügen klar und deutlich darin auseinander gesetzt und in eindringlicher Weise erörtert worden. Der Eindruck einer solchen Eröffnungsrede (opening speech) bedingt vielfach den Erfolg der ganzen Wahlcampagne, und aus diesem Grunde werden in der Regel Redner von nationalem Rufe für dieselben auserkoren. Bei der diesjährigen Präsidentenwahl war es der Minister des Innern, Karl Schurz, dem von der republikanischen Partei die Ehre und Auszeichnung zu Theil wurde, Ende Juli die bezeichnete Rede zu Indianapolis im Staate Indiana zu halten. Verschiedene Umstände tragen dazu bei, die Wichtigkeit dieser Rede, welche ihrer eigenen Bedeutung halber durch alle Pressorgane der republikanischen Partei die Runde machte und in besonderen Abzügen über die ganze Union verbreitet wurde, zu erhöhen. Zuvörderst war der Ort, wo sie gehalten wurde, mit Vorbedacht dazu auserwählt worden. Der Staat Indiana gehört zu den nördlichen Staaten, von dessen Gewinnung das Resultat der Wahl in hohem Maße abhängt. Wäh-

rend er in früherer Zeit den Republikanern angehörte, hat seit einigen Jahren die demokratische Partei dort die Oberhand gewonnen. Die rabiatesten Papiergeldleute und verbissensten Demokraten vertreten gegenwärtig Indiana im Congresse, und um den Staat nicht bei der Präsidentenwahl zu verlieren, hat die demokratische Partei neben dem Präsidentschafts=Candidaten Winfield S. Hancock den dort wohnhaften früheren Congreß=Repräsentanten William S. English als Candidaten für das Vice=Präsidentenamt aufgestellt. Da nun das deutsche Element stark in Indiana vertreten und der demokratischen Wirthschaft ziemlich müde ist, so darf es in der That als ein geschickter Zug angesehen werden, daß man den Deutsch=Amerikaner Schurz in Indianapolis als Redner hat auftreten lassen. Hierzu kommt aber noch der Umstand, daß Schurz als Minister des Innern aufs engste mit der Hayesadministration in Verbindung steht. Seine Rede zu Indianapolis ist mithin allerseits als ein schlagender Beweis dafür angesehen worden, daß die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten sich lebhaft für die Erwählung der republikanischen Präsidentschafts=Candidaten James A. Garfield und Chester A. Arthur interessirt. Auch wird durch das Auftreten von Schurz dargethan, daß sich die Administration des Präsidenten Hayes nicht scheut, die öffentliche Kritik herauszufordern. Herr Hayes und seine Minister mögen in einzelnen Fällen von mehr untergeordneter Bedeutung geirrt und Mißgriffe gethan haben, aber die republikanische Partei hat es nicht nöthig, die von ihr gewählte Regierung zu vertheidigen, sie braucht nicht den bei Wahlen stets unvortheilhaften Standpunkt der Defensiv einzunehmen, sondern kann kühn und energisch zum Angriff gegen ihre Gegner vorgehen. Die Rede von Schurz ist insofern ein Meisterstück der politischen Beredtsamkeit, als sie das bisherige Verhalten der Regierung in allen wesentlichen Punkten nicht nur vollkommen rechtfertigt, sondern auch die Mängel und Fehler der Gegner scharf bloßlegt, in großen Zügen die Momente hervorhebt, auf welche es bei dem gegenwärtigen Wahlkampfe ankommt, und die Hauptgründe anführt, weshalb ein Wechsel in den Regierungsgrundsätzen durch Erwählung der demokratischen Präsidentschafts=Candidaten für die Union und das amerikanische Volk von den traurigsten Folgen begleitet sein würde. Wir wollen versuchen, im Nachstehenden einige Hauptpunkte aus der Schurz'schen Rede hervorzuheben.

Schurz nimmt einen entschieden conservativen Standpunkt ein und erklärt, er werde nicht an die Leidenschaften, sondern an die gesunde Vernunft appelliren und in möglichster Ruhe und Einfachheit sprechen. Die Sprache des Parteikampfes pflege zu übertreiben, um einen starken Eindruck zu machen, die Sprache der Vernunft halte sich von allen Uebertreibungen fern. Der gegenwärtige Wahlkampf entscheide nicht über Bestehen oder Untergehen der Union, aber er

sei wichtig genug, um die brennenden Tagesfragen sorgfältig ins Auge zu fassen, sie richtig zu beurtheilen und demgemäß zu handeln. Zuvörderst müsse man sich darüber klar werden, ob die gegenwärtige Regierung, wie es einer guten Regierung zukomme, mit richtigem Verständniß der jedesmaligen Umstände und in ehrlicher und gerechter Weise die öffentlichen Angelegenheiten zu leiten bemüht gewesen sei. Von der Entscheidung dieser Frage hänge es ab, ob ein durchgreifender Wechsel der Regierung zu wünschen sei oder nicht. Als ein Mitglied der Regierung, die in einigen Monaten ihre Gewalt in die Hände ihrer Nachfolger niederlegen werde, dürfe er wohl an das aufrichtige Urtheil des amerikanischen Volkes bezüglich der Art und Weise, wie regiert worden sei, appelliren. Obgleich selbst nicht unbetheiligt, glaube er doch das Recht dazu zu haben und nicht parteiisch zu sein, wenn er sich auf das Urtheil beziehe, das selbst von vielen Gegnern der jetzigen Regierung getheilt werde. Natürlich erwarte er nicht, daß demokratische Parteigänger in der Hitze des Wahlkampfes der Hayesadministration soviel Anerkennung widerfahren lassen würden, wie in ruhigeren Zeiten vorher und ohne Zweifel auch nachher; aber er glaube doch sagen zu dürfen, daß die billig denkenden Bürger der Union schon jetzt einräumen müßten, daß im Ganzen genommen die Regierung des Präsidenten Hayes ehrlich, fähig und erfolgreich gewesen sei. Vollkommenheit beanspruche er nicht; habe er doch selbst Gelegenheiten gehabt, Irrthümer und Fehltritte in nächster Nähe zu sehen. Keine Administration sei je davon frei gewesen oder werde es je sein. Die gegenwärtige Regierung aber habe Treue und Glauben gehalten und den amerikanischen Credit höher als je zuvor gehoben. Sie habe ein gefährliches Geldsystem beseitigt und den Wohlstand der Nation durch Aufnahme der Baarzahlungen befestigt. Sie habe die Zinsen der Nationalschuld ermäßigt und dadurch den Steuerzahlern jährlich Millionen erspart. Sie habe Gesetz und Verfassung streng beobachtet und dadurch die verschiedenen Landestheile und Volksklassen einander näher gebracht. Sie habe in gefährlichen Augenblicken, als Aufstände den Frieden des Landes bedroheten, diesen gesichert ohne despotische Uebergriffe. Sie habe viele Uebelstände im öffentlichen Dienste abgestellt, ein regeres Pflichtgefühl der Beamten wachgerufen, habe dieselben eifriger gemacht und habe öffentlichen Scandal vermieden. Damit wolle er keineswegs sagen, daß die Civildienstreform die ihr entgegenstehenden Hindernisse politischer Gewohnheit bereits in wünschenswerthem Grade überwunden habe. Im Gegentheil, das höchste Ziel sei nicht erreicht, und manche fehlerhafte Anstellung habe stattgefunden; trotzdem sei der Civildienst wirksamer, moralisch gehobener im Vergleich mit der Zeit des Benthesystems. In manchen Regierungszweigen seien Verbesserungen eingeführt, die unter einer damit sympathisirenden Administration vervollkommenet werden könnten. Er glaube sagen zu dürfen, daß dies von allen gerecht und billig denkenden als eine historische Thatsache anerkannt werden müsse. Das Land befinde sich in guter Verfassung, die Geschäfte hoben sich, die Industrie sei thätig, die Arbeit finde ihren Lohn, die Regierung erfreue sich des Vertrauens der Geschäftswelt und das Finanzwesen der Vereinigten Staaten genieße die Achtung der civilisirten Welt. Jedermann hoffe das Beste von der Zukunft, wenn keine Wendung zum Schlechteren einträte. Die Zeit zu einem Personenwechsel in der Regierung sei nunmehr nahe herangekommen, und wenn die Geschäftsführung der Regierung im wesentlichen eine gute gewesen, so sollten alle guten Bürger dafür sorgen, daß der Wechsel das Gute belasse und möglichst noch besser mache. Sicher sollten sie einen Wechsel, der eine Verschlechterung brächte, verhindern. Darum gelte es, sich für den Präsidentschafts=Can-

didaten zu entscheiden, der mit Bezug auf das Gesagte der zuverlässigste sei. Es handle sich um zwei Parteien und deren Candidaten, um die republikanische mit Garfield und um die demokratische mit Hancock.

Schurz vergleicht nun diese beiden Parteien mit einander. Er erklärt dabei offen, was übrigens allen, die mit der neueren politischen Parteigeschichte der Vereinigten Staaten etwas näher bekannt sind, nicht unbekannt ist, daß er selbst kein stricter Parteimann sei und niemals einen politischen Gegner in Bausch und Bogen verdamme. Er wünsche, daß die gegnerischen Parteien so gut als möglich seien, um durch einen Wettstreit mit einander dem Lande zu nützen. Er habe schon früher einmal (1872) versucht, die demokratische Partei auf einen höheren Standpunkt zu erheben, sein damaliges Streben sei aber fehlgeschlagen. Die demokratische Partei zähle gute und heldenkennde Männer unter sich, allein dieselbe habe von der Secessionsbewegung 1861 an bis zur Nominierung des Generals Hancock in allen schwierigen Fragen hin und her geschwankt, ohne die Tagesfragen richtig zu erkennen und sie logisch mit einander zu verbinden. Dies würde auch von den besseren und klarsehenden Demokraten selbst zugestanden. Die demokratische Partei habe nicht selten Dinge für unmöglich erklärt, die fast schon vollzogene Thatsachen gewesen. So habe sie die Aufhebung der Negersklaverei für eine Unmöglichkeit ausgegeben, und doch sei dieselbe zu Stande gekommen, und niemand wolle sie wieder einführen. Die Wiederaufnahme der Baarzahlung am 1. Januar 1879 sei von den Demokraten für unausführbar und verderblich erklärt worden, aber sie sei ausgeführt und von den segensreichsten Folgen begleitet. Ähnlich verhalte es sich mit manchen anderen Fragen. In der demokratischen Partei seien die stärksten Gegensätze vertreten; man finde dort ehrliche Hartgelbte Hand in Hand gehend mit den schwindelhaftesten Papiergeldleuten, die freiesten Freihändler neben den wüthendsten Schutzzöllnern, versöhnliche und loyale Politiker an der Seite von Unionsfeinden, Particularisten und Unterdrückern aller durch den Bürgerkrieg gewonnenen Rechte und Freiheiten. Das Schlimmste aber sei doch, daß die bösen Elemente in der demokratischen Partei meistens die Oberhand gewönnen, namentlich im Süden der Union. Im Norden sei es oft nicht besser; so z. B. seien die demokratischen Gouverneurs=Candidaten in Indiana und Ohio, Sanders und Gwing, die wildesten Papiergeldleute. Unter solchen Umständen sei es doch kaum rathsam, einen Wechsel in der Regierung der Union vorzunehmen, der die demokratische Partei an das Ruder brächte.

Indem sich Schurz dann zu den Persönlichkeiten der beiden Präsidentschafts=Candidaten wendet, bemerkt er, die Union bedürfe gegenwärtig und wahrscheinlich für längere Zeit eines klugen und erfahrenen Staatsmannes an ihrer Spitze, aber keines ruhmreichen, kriegstüchtigen Generals. „Die Frage ist nicht,“ sagt er, „ob wir einen verdienstvollen General Ehre bezeugen sollen oder nicht; die Frage ist vielmehr, ob der verdienstvolle General ein Präsident sein würde, auf den man sich verlassen kann, daß er mit Erfolg die Probleme der Staatskunst lösen wird, welche uns jetzt vorliegen, ob er im Stande ist, das bereits erreichte Gute zu erhalten und es noch zu verbessern. Bataillone braver Männer gegen eine befestigte Stellung zu führen und durch geschickte Manöver eine Campagne zu gewinnen, ist etwas Anderes, als die Finanzen des Landes in solcher Weise zu reguliren, daß uns der Segen eines gesunden Courants permanent bleibt, als unsere Handelsverbindungen zu entwickeln, unseren Civildienst in solcher Weise zu organisiren, daß der öffentliche Dienst nach erprobten Geschäftsprincipien geführt wird. In diesen letzteren Fällen sind der Muth und

die Fähigkeit, feindliche Batterien zu erstürmen und die Feinde zu Boden zu werfen, nicht von ausschlaggebender Wichtigkeit. Wenn so schwierige Civilpflichten zu erfüllen sind, werden wir als vernünftige Leute fragen müssen, ob der große Feldherr, der so glorreich an der Spitze seiner Colonnen erscheint, auch mit den complicirten Interessen bekannt ist, denen er in seiner officiellen Stellung als Präsident zu entsprechen haben würde; ob seine Kenntniß, Auszubildung, Erfahrung und geistige Thätigkeit ihn befähigen, auf dem politischen Felde Gutes von Schlechtem zu unterscheiden, nicht nur in abstracter Weise, sondern unter der verwirrenden Verschiedenheit der Formen, in welchen die Dinge in Wirklichkeit erscheinen; ob er genügend ausgerüstet ist, mit den politischen Intriguen und den Conflicten unter den wirklichen oder angeblichen Freunden es aufzunehmen, die so oft den höchsten Beamten eines großen Gemeinwesens umgeben; ob er im Stande ist, sich auf dem Felde der Civilthätigkeit klug und umsichtig zu bewegen, wo die Mannschaften nicht durch die bloße Regel des Commandirens und Gehorchens geleitet und bewegt werden, sondern durch Festigkeit und weise Mäßigung in der Verfolgung großer Zwecke und durch Widerstand gegen schlimme Einflüsse. Ich kann es Ihnen nicht entschieden genug ans Herz legen, daß es keinen größeren Unterschied giebt, als denjenigen zwischen der Leitung von Truppen in einem Feldzuge und der Leitung der politischen Gewalten eines großen Volkes, der Leitung der politischen Angelegenheiten einer großen Regierung. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die jetzige Regierung der Vereinigten Staaten nicht mehr die einfache Maschine ist, die sie zu Anfang der Republik war. Das idyllische Zeitalter Amerikas ist vorüber. Die Interessen, mit welchen unsere Regierung sich zu befassen hat, sind nicht mehr diejenigen kleiner Landgemeinden mit einem Handelsplaze hier und dort. Es sind die Interessen von nahezu 50 Millionen Menschen, die über einen ungeheueren Landstrich vertheilt sind, mit Gewerben, Erwerbszweigen und Industrien von endloser Mannigfaltigkeit und bedeutender Größe, mit Elementen der Bevölkerung, wie man sie hier in den früheren Tagen kaum gekannt hat; und alle diese Bestrebungen und Interessen in dem Geschäfte der Production sind so drängend, mächtig und vielfältig in ihrer Natur und wenden sich gerechter oder ungerechter Weise so beharrlich um Hilfe an die Regierung, daß die Ansprüche an den Staatsmann, die in diesem Zeitalter gemacht werden, diejenigen, die man vor einem Jahrhundert machte, weit hinter sich lassen.“

Schurz schildert nun die schwierige Stellung eines amerikanischen Präsidenten dem Lande, dem Ministerium und vor allem den politischen Parteien und deren Vertretern im Congresse gegenüber und stellt dann die Frage, ob der als Soldat tüchtige General Hancock, der niemals ein politisches Amt bekleidet, oder ob der durch jahrelangen Dienst als leitender Congreß-Representant erprobte Garfield sich mehr für die Stellung eines Präsidenten der Union eigne. Was das Aemterwesen betrifft, so weist er mit Recht darauf hin, daß ein Sieg der demokratischen Partei nichts anderes bedeute, als die praktische Anwendung des von den Demokraten unter der Präsidentschaft Andreas Jacksons zuerst aufgestellten Grundsatzes: „Dem Sieger gehört die Beute.“ Präsident Hayes habe manche fähige Demokraten angestellt, sogar ein Minister gehöre der demokratischen Partei an; die siegenden Demokraten würden eine solche Unparteilichkeit schwerlich beobachten. Das Amt des Präsidenten dürfe niemals als eine Belohnung für einen tüchtigen, siegreichen General und Berufssoldaten angesehen werden, dem jegliche politische und staatsmännische Erfahrung abgehe. Wolle man aber absolut einen ausgezeichneten Soldaten zum Präsidenten haben, so

ständen die Generale Sherman und Sheridan doch noch höher als Hancock. Unter den obwaltenden Umständen verdiene aber die republikanische Partei, welche in den letzten Jahren viele ihrer Fehler abgelegt habe, entschieden den Vorzug vor der heutigetierigen, particularistischen, in der Finanz- und Aemterfrage ungesunden Partei der Demokraten, die noch vor nicht langer Zeit in den Hallen des Congresses den Rebellen-Präsidenten Jefferson Davis hoch gefeiert habe; ebenso sei der als Staatsmann seit nahezu zwei Decennien bewährte Garfield dem stets nur als fähigen Soldaten befundenen General Hancock vorzuziehen.

Die Wirkung, welche die vorstehend skizzirte Rede auf das amerikanische Volk ausgeübt hat, scheint keine geringe gewesen zu sein. Die republikanischen Blätter kommen fortwährend direct oder indirect darauf zurück, während die Presse der demokratischen Partei entweder darüber schweigt oder Schurz in persönlicher Weise angreift. In letzterer Beziehung weist man darauf hin, daß Schurz im Jahre 1872 gegen die republikanische Partei Front gemacht habe, während er jetzt dieselbe lobe. Man vergißt aber dabei, daß Schurz im Jahre 1872 nicht die republikanische Partei als solche angriff, sondern nur die unter Grants Präsidentschaft bei einem großen Theile der Republikaner eingerissene Corruption. Schurz war einer der hervorragendsten Führer der Reformbewegung in der republikanischen Partei und suchte, allerdings vergebens, die besseren Elemente in der demokratischen Partei für sich zu gewinnen. Die Erwählung des Präsidenten Hayes im Jahre 1876 ist aber nicht am wenigsten sein Werk.

R. D.

Literatur.

Gastfahrten. Reiseerfahrungen und Studien von Wilhelm Rossmann. Leipzig, Verlag von Fr. Wilhelm Grunow, 1880.

Der Verfasser dieses Buches, dessen frühere Reisebilder „Vom Gestade der Cyclophen und Sirenen“ den Lesern der „Grenzboten“ wohl bekannt sind, da sie zuerst in diesen Blättern abgedruckt wurden (die Verlagsshandlung kündigt soeben die zweite Auflage derselben an), giebt im vorliegenden stattlichen Bande eine Reihe von Aufsätzen, welche sämmtlich aus lebendigen und frischen Reiseindrücken und zum Theil sehr eingehenden Studien erwachsen sind, Studien, die durch Reiseerfahrungen angeregt wurden und sich nun glücklich mit den unmittelbaren persönlichen Beobachtungen und Erinnerungen verbinden. Sämmtliche Aufsätze „Die Passion im St. Peter zu Rom“, „Die Passion auf der Bühne zu Oberammergau“, „Ein Besuch bei den Mönchen auf dem Berge Athos“ und „Eine Fahrt nach Jerusalem“ stehen in einem gedanklichen Zusammenhange, der nur etwa bei der anschaulichen und farbenreichen Schilderung der Athosklöster nicht so entscheidend wie in den anderen Abhandlungen hervortritt. Die Oesterceremonien im römischen St. Peter, die Anschauung des Oberammergauer Spiels, der Besuch der Grabeskirche in Jerusalem haben unserem Schriftsteller die Frage nach der Entstehung und dem inneren Zusammenhange gewisser Culthandlungen und künstlerischer Darstellungen des religiösen Gedankens nahe gelegt und ihn zu seinen Studien veranlaßt.